

15. November 2023



**MdB Stephan Brandner**

**AfD**

**Frage Nr. 16:**

„Um wieviel Milliarden verringerte sich nach Schätzung des Bundesfinanzministers das private Volksvermögen in Deutschland durch die rasant steigende Inflation seit dem Amtsantritt der aktuellen Bundesregierung und wie gedenkt der Bundesfinanzminister diese nach meiner Ansicht faktische Enteignung zu stoppen?“

**Antwort:**

Schätzungen zum Einfluss der Inflationsentwicklung auf den Bestand an privatem Vermögen in Deutschland liegen dem Bundesfinanzministerium nicht vor.

Ein solcher Effekt wäre auch analytisch kaum von anderen Einflussfaktoren zu trennen.

Zwar kann eine Inflation über verschiedene Kanäle auf den Vermögensbestand wirken, z. B. über den Einfluss von in ihrer Folge steigenden Zinsen auf die Bewertung von Vermögensiteln.

Aber es gibt zahlreiche Faktoren, die gleichzeitig sowohl auf die Inflation als auch auf die Vermögensentwicklung wirken, wie z. B. Wechselkurse, reales Wirtschaftswachstum oder geopolitische Effekte, wie die durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine bedingten Verwerfungen an den Energiemärkten.

Klar ist, dass eine hohe Inflation die Kaufkraft der Bürgerinnen und Bürger schwächt und damit für sich genommen auch die Möglichkeit einschränkt, bei bestehendem Konsum- und Einkommensniveau Ersparnisse und damit Vermögen aufzubauen.

Teil der finanzpolitischen Strategie des Bundesfinanzministeriums ist daher eine finanzpolitische Ausrichtung, die inflationäre Impulse vermeidet und so die Geldpolitik bei der Inflationsbekämpfung nicht konterkariert.

Zudem hat die Bundesregierung seit Beginn der Energiepreiskrise und Hochinflationsphase zahlreiche Maßnahmen unternommen, um die Bürgerinnen und Bürger zu entlasten und so ihre Kaufkraft zu stärken.

Dazu zählen steuerliche Maßnahmen, wie der Ausgleich der Kalten Progression durch das Inflationsausgleichsgesetz, die Möglichkeit der steuer- und abgabefreien Inflationsausgleichsprämie, die breit genutzt wird, sowie die direkten Zahlungen der Energiepreispauschale und die Dämpfung des Anstiegs der Energiekosten durch die Preisbremsen bei Gas, Wärme und Strom.